

„Bilanz des Klimabeirats ist verheerend“

Seit seiner Gründung vor fünf Jahren gehört Kurt Gramlich dem Klimabeirat der Stadt Gütersloh an. Im NW-Gespräch benennt er Behinderer des Klimaschutzes und macht Vorschläge, wie es besser klappt.

Herr Gramlich, seit fünf Jahren gibt es den Klimabeirat der Stadt Gütersloh. Sie selbst gehören ihm als stimmberechtigtes Mitglied in Vertretung der Bürgerinitiative Energiewende an. Was haben Sie sich damals von der Arbeit im Klimabeirat erhofft?

GRAMLICH: Wir haben die Satzung gelesen und entschieden, da machen wir mit. Das ist ja vielversprechend, was da drin steht.

Sind Ihre Erwartungen bestätigt worden?

GRAMLICH: Nein. Die Ergebnisse entsprechen nicht den Zielen.

In der Präambel der Satzung werden die Leitziele zur Minderung der örtlichen CO₂-Emissionen in Bezug auf die Jahre 2022 und 2030 mit Zielvorgaben definiert. Welche Verbindlichkeit haben die von der Stadt im integrierten Klimaschutzkonzept vorgegeben Ziele?

GRAMLICH: Keine. Ein beschlossenes Klimaschutzkonzept ist erst mal nur eine Menge Papier. Jede geplante Maßnahme muss erst noch politisch beschlossen werden. Wenn niemand Klimaschutzmaßnahmen auf die Tagesordnung setzt, passiert nichts. Es gibt keine Sanktionsmöglichkeiten. Nichtstun im Klimaschutz hat in Gütersloh keine Konsequenzen. Da steht zum Beispiel drin, dass so und so viel Photovoltaik erreicht werden soll. Dann stellt sich heraus, dass am ehemaligen Flughafen die Landebahn aus Naturschutzgründen nicht für Photovoltaik (PV) geeignet wäre. Die logische Konsequenz wäre, dass eine Ersatzfläche gesucht wird. Das passiert aber nicht. Auch die Stadtverwaltung selbst ist kein Vorbild für Strom aus Sonnenlicht auf den stadt-eigenen Gebäuden. Seit 2014 gibt es Bürgeranträge, sämtliche städtischen Gebäude komplett mit PV auszustatten. Das ist bis heute nicht erfolgt.

Woran scheitert das?

GRAMLICH: Das Entscheidende, wenn man Klimaschutz ernsthaft betreiben will, sind vier Punkte. Klimaschutz braucht Personal, Finanzen, festgelegte Termine und ein Controlling. Wenn das nicht gegeben ist, muss Klimaschutz scheitern. Jemand muss sich dafür verantwortlich fühlen.

Also ist der Klimabeirat kein Gremium, den Klimaschutz voranzubringen, sondern ein klimapolitisches Feigenblatt?

GRAMLICH: Wenn man die Ergebnisse von vier Jahren Klimabeirat sieht, kann man diesen Eindruck bekommen. Meine Meinung ist, dass die Mehrheit der Mitglieder die Dringlichkeit der Klimakatastrophe nicht realisiert hat. Auch vom Klimabeiratsvorsitzenden und seinem Stellvertreter sind keine wirklichen Initiativen ausgegangen.

Was ist denn der Hauptfehler?

GRAMLICH: Die Organisation, der Ablauf in der Verwaltung. Klimaschutz in einer Kommune sollte im Geschäftsbereich „Bau und Verkehr“ angesiedelt sein, dort wo langfristig klimawirksame, strukturelle Entscheidungen getroffen werden. Heute passt es nicht mehr in den Verantwortungsbereich der Kämmerin. Denn eine Kämmerin hat aus Prinzip nie Geld. Wenn sie den anderen sagt, sie sollen sparen, dann ist sie so loyal wie Frau Lang und spart zuerst bei sich selbst. Sie streicht die Zu-



Mit gutem Beispiel voran: Kurt Gramlich vor seinem Passivhaus mit Photovoltaik-Anlage in seinem Garten.

FOTOS: ANDREAS FRÜCHT

schüsse für Photovoltaik, sie lehnt den Antrag auf Förderung von Lastenrädern ab, bzw. verhandelt ihn so, dass ihn die CDU zurückzieht wegen der möglichen finanziellen Folgen durch Corona.

Schauen Sie sich die Protokolle der letzten Sitzungen an, haben mehr Leute gefehlt, als anwesend waren. Müsste man nicht auch die Besetzung des Klimabeirates ändern?

GRAMLICH: Für wirklich engagierte Klimaschützer dürfen zwei Sitzungen im Jahr nicht zuviel sein. Ich glaube, man muss die Willigen aus Initiativen, Politik und Verwaltung zusammenbringen. Jemand der meint, der Klimawandel sei kein Problem, ist hier fehl am Platz. Der hält uns nur auf. Wir brauchen zusätzlich wissenschaftliche Expertise, auch von außerhalb. Das allein aber reicht nicht. Wir müssen auch die Bevölkerung mitnehmen. Das geht nur durch eine Beteiligung, die wirksam wird und nicht wie Nahmobilitätskonzept, Klimaschutzkonzept, Artenschutzkonzept, Klimafolgenkonzept in den Aktenschränken der Verwaltung als Papierstapel zu landen.

Wie wollen Sie die erreichen?

GRAMLICH: Hier kann die neue Idee der Bürgerräte helfen. Dabei werden z.B. aus einem Stadtteil Personen durch Zufall ausgewählt und motiviert, an einer Fragestellung zu arbeiten. Die Teilnehmenden werden durch Fachleute informiert und professionell moderiert. Die Erfahrungen andernorts zeigen: Was dabei herauskommt, ist meist sehr gut und führt zu einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung. So ein neues Instrument der Bürgerbeteiligung zu nutzen, fände ich super.

Hätten derart getroffene Entscheidungen für die Politik eine größere Verbindlichkeit?

Zur Person



◆ Kurt Gramlich, 1952 geboren, ist Diplom-Soziologe und hat 30 Jahre als Fachbereichsleiter an der VHS Ravensberg gearbeitet. Seit Jahrzehnten setzt er sich für Umwelt- und Klimaschutz ein, unter anderem in der Bürgerinitiative Energiewende.

GRAMLICH: Ich denke schon. Gegen ein Ergebnis eines Bürgerrates zu stimmen, da braucht es schon sehr gute Argumente. Auch mit Klimaschutz kann man Wahlen gewinnen. Nur: Die Bürger müssen das anschieben. Sie müssen wählen gehen und bei der nächsten Klimademonstration von Fridays for Future dabei sein.

Sind die wissenschaftlichen Lösungen denn schon vorhanden?

GRAMLICH: Ja, Bundesumweltamt, Sachverständigenrat Umwelt, Wissenschaftliche Beirat globale Umweltentwicklung liefern ständig bestes Material zum Stand der Klimakatastrophe und zu den Lösungsmöglichkeiten. Wissenschaftlich wird häufig der Begriff „Die große Transformation“ verwendet. Diese Ergebnisse sind in Gütersloh wenig und an entscheidenden Stellen nicht bekannt. Das müssen wir ändern. Dafür braucht der Klimabeirat eigenständige Finanzen, viel mehr Eigeninitiative und eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Die große Transformation kommt, entweder per Design oder Desaster. In der Wissenschaft ist man sich einig, dass wir nur noch bis etwa 2030 Zeit haben, unsere Wirtschaft und Gesellschaft zu dekarbonisieren. Sonst drohen sich selbst verstärkende Prozesse zu starten, die nicht mehr aufzuhalten sind, die Kippunkte des Klimawandels.

Welche Themen und Ziele sollte sich der Klimabeirat denn noch vornehmen?

GRAMLICH: Bis jetzt wurden Verkehrsthemen nur am Rande besprochen. Klimaschutz ohne eine Verkehrswende funktioniert nicht. Fossil betriebene Fahrzeuge müssen zurückgedrängt werden, die Flächen in der Stadt müssen neu verteilt werden. Dass 2020 noch Bäume für Parkplätze gefällt werden, ist nicht mehr akzeptabel. Fußgänger, Radfah-

rende und öffentliche Verkehrsmittel haben zu wenig Platz. Die Ausnahmegenehmigung Tempo 70 an der B61 ist wegen Lärm und Abgasen sofort zurückzunehmen. Nachts ist Tempo 30 anzuordnen. Das nützt dem Klima und der Gesundheit der Anwohnenden. Die Stadt auf die Folgen der Klimakatastrophe vorzubereiten, gehört ebenfalls zu den Themen des Klimabeirates. Sehr schwierig, aber nicht unmöglich sind die Themen Ernährung, Landwirtschaft und Konsum. Und das alles reicht noch nicht, unsere Lebensweise, unser unermesslicher Konsum, unser übertriebenes Reiseverhalten und ein Wirtschaftssystem, was ständig wachsen muss, hat in einer endlichen Welt keine Zukunft. Für unseren Lebensstil in Deutschland bräuchten wir schon heute zwei bis drei Erden. Wir haben aber nur die eine.

Ist den Menschen bewusst, welche konkreten Einflüsse der Klimawandel schon jetzt hat?

GRAMLICH: Aktuell sehen wir den Teutoburger Wald sterben, durch mehrere zu trockene Sommer. Starkregen-Ereignisse mit Überschwemmungsgefahren und Sturmschäden sind sichtbare Zeichen des Klimawandels. Große Versicherungen zeigen das mit ihren Daten. Erste, schwer erträgliche Hitzewellen haben wir schon erlebt. Durch Corona wurden einige Missstände deutlich: Industrialisierte, globalisierte Landwirtschaft mit einer Massentierhaltung und Schlachthäuser am Ende einer Kette, deren Glieder aus Gewinnmaximierung und Zerstörung der Lebensgrundlagen besteht. Die Menschen wissen, das hat keine Zukunft.

Und wie geht es jetzt weiter?

GRAMLICH: Klimaschutz heißt regional denken. Eine ökologische Landwirtschaft im Kreis Gütersloh hat die Aufgabe, die Bevölkerung des Kreises Gütersloh zu ernähren. Dazu braucht es ein neues Verhältnis zwischen Stadt und Land. Regionalisierung ist die Antwort auf eine übersteigerte Globalisierung. Die wichtigste Aufgabe ist, dass jetzt jede Institution, alle Schulen, die gesamte Stadtverwaltung und jede Firma öffentlich transparent macht, wo sie mit direkten und indirekten CO₂ und Methan-Emissionen gerade steht und wie sie diese Emis-

sionen reduzieren will. Und zwar nicht durch Zertifikatekauf, sondern durch konkrete Maßnahmen vor Ort. Alles andere ist Greenwashing. Alle müssen einen CO₂-Minderungspfad aufstellen, in dem gezeigt wird, wie sie bis 2030 auf Null CO₂- und Methan-Emissionen kommen wollen. Diese Perspektiven sollten im Klimabeirat aufgegriffen und besprochen werden.

Sie würden also sagen, dass die Klimarelevanz allem übergeordnet werden müsste?

GRAMLICH: Genau. Ich meine, man müsste die Organisation ändern. Wenn man fragt, wo hat die Stadt Einfluss auf Klima, lautet die Antwort: Dort, wo betoniert wird. Bauen, Planung, Immobilien, Verkehr – in diesen Bereichen werden Entscheidungen getroffen, die viele Jahre Wirksamkeit haben. Deswegen gehört Klimaschutz ganz oben hin, direkt dem Bürgermeister zugeordnet. Es muss jemand Engagiertes an der Spitze sein, der gut bezahlt wird, und der in alle Bereiche einwirken kann. Und er muss den Bürgermeister täglich mit Klimafragen nerven.

Der Ausschuss für Umwelt und Ordnung hat jetzt den Antrag der Bürgerinitiative Energiewende, alle zukünftigen Beschlüsse auf deren Klimarelevanz zu überprüfen, abgelehnt. Was löst diese Entscheidung bei Ihnen aus?

GRAMLICH: Entsetzen, aus mehreren Gründen. Erstens: Aus der Diskussion war zu entnehmen, dass die Mehrheit den Antrag der Bürgerinitiative nicht kannte und trotzdem darüber abgestimmt hat. Der Antrag war zudem nicht in den Vorlagen enthalten. Zweitens: Inhaltlich haben wir in unserem Antrag vorgeschlagen, das Verfahren zu übernehmen, welches der Deutsche Städtetag und das Deutsche Institut für Urbanistik gemeinsam erarbeitet hat. Drittens: Mit der Ablehnung wird eine Möglichkeit der Kontrolle aus der Hand gegeben. Klimaschutz ohne Kontrolle funktioniert aber nicht, dass zeigen die letzten Jahre der Arbeit im Klimabeirat. BfGT und CDU haben sich durch ihre Ablehnung damit erneut als Klima-Katastrophen-Politiker bestätigt.

Das Interview führte Matthias Gans